

Präzedenzfall zur Windkraft im Sauerland

Sundern spaltet Kreis und Bezirksregierung

Von Torsten Koch



Dr. Karl Schneider

FOTO: M. GRABEN

Sundern. Drei Flächen auf der Hellefelder Höhe möchte die Stadt Sundern für den Bau von Windkraftanlagen freigeben.

Dafür wäre eine Befreiung aus den Schutzgebietsfestsetzungen des Landschaftsplanes notwendig. Eine solche Befreiung hat der Kreistag des Hochsauerlandkreises jedoch im Oktober 2016 mit großer Mehrheit abgelehnt. Nun möchte Sundern trotzdem entsprechend vorgehen – und erhält Rückendeckung von der Bezirksregierung Arnsberg.

Fatale Folgen befürchtet

Ein solcher Beschluss hätte laut HSK-Landrat Karl Schneider aber fatale Folgen. Dann drohe dem gesamten Sauerland eine „Verspargelung“ der Höhenzüge, warnt der Landrat – und geht damit auf Konfrontationskurs zur Regierungspräsidentin: Die Bezirksregierung würde mit Freigabe der Hellefelder Höhe einen Präzedenzfall für die gesamte Region schaffen.

„Mit dieser Entscheidung drohen möglicherweise auch Homert, Rothaarkamm und die Höhenzüge des Arnsberger Waldes verspargelt zu werden. Das Landschaftsbild des Sauerlandes wird sich dann massiv verändern“, so der Landrat weiter.

Abweichende Rechtsauffassung

Mit Blick auf den NRW-Windenergieerlass meint Schneider: „Wir haben eine andere Rechtsauffassung – die wir dem zuständigen NRW-Ministerium bereits vor einem Jahr in einem Schreiben mitgeteilt haben.“ Er fordert weiterhin eine Einzelfallentscheidung hinsichtlich des Landschaftsbildes. Der HSK sieht sich im „Fall Sundern“ als Träger der Landschaftsplanung beeinträchtigt – und stellt fest: „Ohne ausdrückliche Weisung der Bezirksregierung wird die Befreiung nicht umgesetzt“. Nach Erhalt einer solchen – schriftlichen – Weisung werde der Kreis dann rechtliche Schritte prüfen, so dessen Verwaltungschef weiter.

Die Fraktion der Grünen im HSK-Kreistag dagegen begrüßt die Reaktion der Bezirksregierung. Es sei immer wieder – auch aus Berlin – signalisiert worden, dass die Flächenauswahl in kommunaler Planungshoheit stattfinden soll. Daran habe sich die Stadt Sundern gehalten

